

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Botenstrelingshaus monatlich 80 Mark. Einzelverkaufspreis 4,00 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 12,00 Mark, Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 11,00 Mark, Reklamen 45,00 Mark. Beilagengebühr 1000 Stück, 225 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf 926.



Lübecker Volksbote

Nummer 211.

Samstag, 9. September 1922.

10. Jahrgang.

Noch keine Klärung in Berlin.

SPD. Berlin, 9. September.

Die Garantieleistungen für die der belgischen Regierung auszuhandigenden Schatzwechsel haben die Reichsregierung am Freitag fortgesetzt beschäftigt. Nach einer Chefbesprechung am Vormittag trat nachmittags um 4 Uhr das Kabinett zusammen, um sich mit einem Vorschlag, der abends den Belgiern vorgetragen wurde, zu befassen. Die Reichsregierung sah sich zu einem Vorschlag ohne Beteiligung anderer Garantien gezwungen, nachdem eine Garantieleistung durch die Industrie an den volksausbeuterischen Bedingungen der Industriellen scheiterte und nachdem sie die, durch Herrn Stinnes angetragenen diplomatischen Schritten wieder gut machen mußte. Stinnes war nämlich, wie wir bestimmt erfahren, bei dem belgischen Delegierten Bemelmans am Donnerstag zum Frühstück geladen worden und soll sich dort als Deutscher derart un diplomatisch benommen haben, daß es der Reichsregierung viel Mühe kostete, diese — es sei uns verziehen — Tölpelhaftigkeit eines Mannes, der von der Politik bitter wenig verstehen muß, wieder gut zu machen.

Der Vorschlag der Reichsregierung an die Belgier zielt auf eine Dreiteilung hinaus, jedoch nicht in der Art, daß für die Schatzwechsel drei Garantien in Frage kommen, sondern die sicherstellende Summe derart geteilt wird, daß der dritte Teil, also 90 Goldmillionen, nach 1½ Jahren

gezahlt werden. Die Regierung hat inzwischen Mittel und Wege in Aussicht genommen, die die Aufbringung von je 90 Millionen im Verlaufe von sechs Monaten gewährleisten. Reichsbankpräsident Hantstein hat diesem Vorschlag seine Zustimmung gegeben.

Abends 5½ Uhr traten die deutschen Unterhändler mit den Vertretern der belgischen Regierung im Finanzministerium zur Besprechung dieses Vorschlages zusammen. Um 8 Uhr dauerten die Beratungen noch fort.

Stinnes engagiert das Handwerk.

Stinnes hatte am Freitag eine Aussprache mit dem Vertreter des deutschen Handwerks- und Gewerbetagungs, Generalsekretär Hermann über das Wiederaufbau-Abkommen. Generalsekretär Hermann bot Stinnes die aktive Beteiligung des deutschen Handwerks an den Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich an. Stinnes versicherte, daß ihm diese Beteiligung sehr erwünscht sei und daß er auf die in Betracht kommenden Unternehmerkreise dahin wirken werde, daß das wirtschaftlich organisierte Handwerk entsprechend seiner Leistungsfähigkeit beteiligt wird. Die Handwerkerorganisation wird jetzt wegen der näheren Ausführungen des Planes mit den Vertretern des Stinnes-Konzerns in Verhandlungen treten.

OHL. befiehlt Demokratie!

Die Sozialdemokratische Partei hat in den Jahren 1917 bis 1918 konsequent den Standpunkt vertreten, daß der Erstfeldkampf Deutschlands gegen die feindliche Übermacht fast der gesamten Welt nur als reiner Verteidigungskrieg geführt werden könne, und daß zu diesem Zweck innerpolitisch der Uebergang zur demokratisch-parlamentarischen Staatsform unbedingt notwendig sei. Deutschland zu verteidigen, bis die Gegner zu einem Frieden der Verständigung reif waren, und es aus dem Krieg als ein modernes, freies Volk, in der Erhaltung seines Besitzes erfolgreiches Staatswesen hervorgehen zu lassen, das war das Ziel der sozialdemokratischen Politik.

Welchen Widerstand diese Politik von Seiten des größten Teils des deutschen Bürgertums, namentlich der konservativen und militärischen Kreise, erfuhr, ist bekannt. Nach außen wurde ein toller Panzernationalismus betrieben, der schon angefaßt der gegebenen Nachbarverhältnisse reiner Wahnsinn war, nach innen wurden die Privilegien der Krone und der besitzenden Stände zu verteidigen. Je günstiger die Kriegslage zu sein schien, desto härter war dieser Widerstand — wie er aber schließlich unter dem Einfluß der auf den Schlachtfeldern eingetretenen Wendung zusammenbrach, das erzählt der Berliner Oberbürgermeister a. D. Bermuth in seinen demnächst bei Scherl erscheinenden Erinnerungen in wahrhaft dramatischer Weise.

Bermuth war damals als Oberbürgermeister von Berlin auch Mitglied des Preussischen Herrenhauses. Dort, wie auch im Abgeordnetenhaus, dem Dreiklassenparlament, war die von Wilhelm II. verheißene Wahlreform in schändlichster Weise verschleppt worden in der Absicht, sie gänzlich zu vereiteln. Am 1. Oktober 1918 aber kam die Wendung. Wie sie sich in der Wahlrechtskommission des Herrenhauses vollzog, darüber berichtet Bermuth folgendermaßen:

Kurz ehe um 10 Uhr morgens die Sitzung eröffnet werden sollte, meldeten sich mehrere Regierungsvertreter, darunter der Vizepräsident des Staatsministeriums, Friedberg, und Minister Drews und verlangten eine sofortige geheime Unterredung mit Vertretern der Fraktionen. Von der unruhigen wurden abgeordnet die beiden Vorsitzenden Jüttli und Schafeldt und ich, dazu Oberbürgermeister Koch, von den Konservativen etwa fünf, unter ihnen jedenfalls Graf Behr, auch wohl Seidlitz, Jost und Herzog Ernst Günther. Zusammen verfügten wir uns in eines der kleineren Zimmer.

Dort entledigten sich die Herren der Regierung gewichtiger Botschaft aus dem Großen Hauptquartier. Die Heeresleitung erbat nicht mehr und nicht weniger, als daß das gleiche Wahlrecht ohne jeden Vorzug vom Herrenhaus angenommen werde. Gebieterisch verlangte die politische und militärische Lage eine völlige innere Einheit des Volkes, damit es in seiner äußerlichen Bedrängnis zusammenstehe. Jeder Redensstoff müsse sofort verschwinden, vor allem anderen der Verfassungsstreit. Daher bitte mit der Heeresleitung die Regierung inständigst, nicht morgen, sondern heute ernüchtert Beschluß zu fassen. Der geringste Aufschub könne verhängnisvoll sein.

Wie das Große Hauptquartier den Stand der Dinge erläuterte, möchte ich ohne Not nicht wiedergeben. Man darf, so glaube ich, dem endlosen Kampf um den Leichnam des Krieges nicht weiter Nahrung zuführen. Jedenfalls machte, was man uns mitteilte, auf die kleine Versammlung tiefen Eindruck. Einige Teilnehmer suchten sich noch an den Gedanken zu klammern, daß die Regierung das Haus überumpeln wolle, um ihre Vorlage zu retten. Man fragte mittraulich, in welcher Art und Form die Heeresleitung ihre Botschaft nach Berlin habe vertragen lassen. Da rief Herr Friedberg den Minister Graf Roedern herbei; dieser erklärte bald und befandete überzeugend, soeben sei er selbst aus dem Großen Hauptquartier eingetroffen und bringe den schwerwiegenden Auftrag persönlich mit.

Das schlug dann jeden Zweifel und Einwand nieder. Die Mitglieder der Rechten verhielten sich nicht ablehnend, als wir vorklärten, sofort in beiden Fraktionen über die neue Lage zu beraten, so daß noch am gleichen Nachmittag die Entscheidung falle.

Am Nachmittag wurde das gleiche Wahlrecht mit dem Gleichheitsprinzip der Altersstufe angenommen.

Die preussische Regierung verlangte bei einer Verfassungsänderung zweimalige Abstimmung mit einem Zwischenraum von einundzwanzig Tagen. Der Präsident wählte für die zweite Abstimmung den nächstmöglichen Termin, den 15. November.

In ebendiesem 15. November 1918 erklärte die preussische Revolutionsregierung das Herrenhaus für erledigt.

Die Äkten des Herrenhauses über die Wahlrechtsreform sind vorzeitig geschlossen. Es war zu spät geworden.

Die Oberste Heeresleitung hat dann bekanntlich, nachdem sie selbst die verhängnisvolle Waffenstillstandsbitte ausgesprochen hatte, den Wunsch vertreten, daß angefaßt der harten Bedingungen der Gegner die Waffen wieder aufgenommen würden, um den Krieg als einen reinen Verteidigungskrieg weiterzuführen. Sie hat sich also in beiden Punkten — Verteidigungskrieg und Demokratisierung — zu der Politik der Sozial-

Aus der Völkerbundstagung.

Balfour verteidigt das Saarregime.

W.B. Genf, 8. September.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Völkerbundsversammlung besprach Lord Balfour die Kritik, die Nanzen und Cecil an der Tätigkeit des Völkerbundes geübt haben. Diese Kritik, die von zwei Männern ausging, und von der ersten Stunde an im Völkerbund eine ganz hervorragende Rolle spielte, sei von zweifacher Art. Erstens bezog sie sich auf das, was der Völkerbund leisten sollte, zweitens auf das, was der Völkerbund nicht leisten, aber leisten müsse. Ein großer Teil dieser Kritik werde an der Behandlung der Saarfrage durch den Völkerbundstat und an der Verantwortung geübt, die der Rat hierfür auf sich geladen hat. Zweifellos habe der Rat eine Verantwortung, und es sei nicht immer leicht, sie zu erfüllen. Aber ich muß, sagte Balfour, an meine Kollegen, die hier Kritik geübt haben, eine Warnung richten. Die Hauptverantwortung im Saargebiet liegt an der dort entsfalteten Propagandaaktivität, die den Ereignissen des Jahres 1921 gilt, der Volksabstimmung, die dann zu erfolgen hat. Auf Grund des Versailler Vertrages müssen alle Klagen über die Regierungskommission an den Völkerbund gehen. Wenn der Völkerbund glaubt, daß der Rat hier nicht seine Pflicht erfüllt hat, so möge er es sagen und mit seinem Vorwurfe nicht zurückhalten. Aber ich bitte Sie, hören Sie nicht auf Leute, die von Haus zu Haus gehen und falsche Behauptungen aufstellen, die nicht bewiesen werden können. (Die französischen Delegierten rufen: Sehr gut!) Worauf es ankommt, ist, daß das Saargebiet gerecht regiert und daß hier gute Verwaltungsarbeit geleistet wird. Aber dies ist natürlich nicht das Ideal der Propaganda, die im Saargebiet betrieben wird und die vor allem die Regierungskommission diskreditieren will. Vergessen Sie allerdings nicht, daß dies nur menschlich ist.

Was das Schicksal Rußlands betrifft, dem Nanzen einen großen Teil seiner gestrigen Ausführungen gewidmet hat, so ist es klar, daß Lloyd George alles getan hat, was er tun konnte, und daß es nicht Englands Schuld ist, wenn nicht mehr geschehen ist. Trotzdem waren die Bemühungen nicht völlig vergeblich, die die englische Regierung wie auch das englische Volk entfaltet haben. England ist zu einer Hilfsfähigkeit im großen Umfang bereit, auch dazu, große Summen zur Beseitigung der russischen Hungersnot zur Verfügung zu stellen.

Zur Einigung der soz. Partei.

SPD. Eine Berliner Korrespondenz meldet, daß, falls die Verhandlungen der Sozialdemokratie und der Unabhängigen Sozialdemokratie in der geplanten Weise zustande kommen, in Nürnberg am 21. September ein Organisationsauschuß gewählt werden soll, der die Zusammenlegung aller Parteiministerien durchzuführen wird. U. a. heißt es in der gleichen Meldung, daß die Bezirke angewiesen werden, sofort über die Zusammenlegung der Zeitungen, Parteisekretariate usw. zu verhandeln und daß als Endtermin für die Vereinigungsarbeit der 31. Dezember in Aussicht genommen sei.

Bei diesen Angaben handelt es sich nicht um endgültige Beschlüsse der beiden Zentralvorstände, sondern um vorläufige Anregungen.

Crippien zur Einigung.

Der Vorsitzende des Zentralkomitees der USP. nimmt in der „Freiheit“ zur Einigung Stellung. Er schreibt unter anderem: „Der ist nicht auf der Höhe, der überschaut nicht das Kampffeld, der meint, daß ihm eine Situation zu Rate gekommen sei, oder daß mit der Anwendung besonderer der Situation entsprechender Mittel und Wege gewartet werden müsse, bis auch diese oder jene Zurückgebliebenen nachgekommen wären. Der Zeitpunkt der Einigung der sozialistischen Parteien ist gekommen. Er kann von einzelnen Personen weder beschleunigt noch hinausgeschoben werden. Man muß Mut und Selbstvertrauen haben, das einzusehen und dementsprechend zu handeln. Es stehen die Lebensinteressen des Proletariats, es steht das Schicksal des Sozialismus auf dem Spiel, der uns allen höher stehen muß als alle persönlichen und formellen Bedenken. Die Einigung der sozialistischen Parteien bedeutet noch nicht die Erfüllung aller Wünsche und Forderungen. Sie bedeutet aber die Erfüllung der proletarischen Massen mit neuem Kampfeifer, mit neuer Begeisterung. Sie bedeutet die Aufstellung eines steiferen verdrossener Massen, die Erneuerung schlafender Schichten des Proletariats und ihre Zusammenfassung zum Kampfe um die sozialistische Gesellschaft.“

Mißklang der soz. Parteien in Bayern.

SPD. München, 8. September.

Der Prozeß der Einigung der beiden sozialistischen Parteien scheint leider in München auf nicht unerheblichen Widerstand zu stoßen. In dem Augenblick, in dem die Zentralinstanzen der Parteien sich auf ein gemeinsames Aktionsprogramm einigten, war die bayrische Volkspartei den Zankapfel zwischen die beiden bayrischen Parteioptionen, indem sie den Genossen Erhardt Auer „durch Enthaltungen“ zum Streitobjekt der beiden Parteien machte und den Kampf um die Person Erhardt Auers nun neuem entfachte. Der „Bayerische Kurier“ teilte mit, daß Erhardt Auer dem Mörder Eisners, dem Grafen Arco, einen Blumenstrauß überreicht habe und daß die freundschaftlichen Beziehungen der beiden darauf zurückzuführen seien, daß Auer in der Weihnachtsnacht 1918 vor den Eisnerschen Gardisten in der Kaserne des Reiterregiments, und zwar in die Kompanie des Grafen Arco, geschickt sei. Diese beiden längst verjährten Handlungen des Genossen Auer haben in der bayrischen sozialistischen Presse eine lebhafteste Diskussion hervorgerufen. Während die süddeutschen mehrheitssozialistischen Wähler sich auf die Seite Auers stellen, beurteilen die nordbayrischen Organe Auers Verhalten ungünstiger. Die USP. aber tritt mit der Forderung hervor: Wir wollen auch in Bayern die Einigung, aber nie und nimmer mit Auer. Der Sozialdemokratische Verein München mißt der Angelegenheit eine bedeutende Bedeutung bei, daß er noch vor dem Parteitag eine Generalkonferenz darüber einberufen hat. Die Münchener „Voss“ sah sich auf Grund der Angriffe des Münchener USP-Organs veranlaßt, ihren heutigen Leitartikel „Sozialdemokratische Einigung“ mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Das Blatt führt aus: Die Annahme des neuen Programmentwurfs sei noch lange kein Beweis für die tatsächliche Uebereinstimmung der beiden Richtungen. Die Auffassung, erst Einigung, dann Kampf um die Parteifaktik, sei auf das allerentschiedenste abzulehnen. Die Gegensätze zwischen den Parteien seien nämlich nicht taktischer, sondern grundsätzlicher Natur. Es wäre zu hoffen, daß trag dieser von Bayern aus sich entgegenstellender Hemmnisse die Einigung, die gerade in Bayern am allernotwendigsten wäre, am Parteitage in dem zustande kommt.

Dollar: 1400. Tendenz abgeschwächt.

demokratie befehrt, freilich erst als es zu spät und alles verloren war. Zuvor hätte sie diese Politik mit den allerhöchsten Zentrumsmächten besprochen. Durch die falsche Politik der herrschenden Kreise und ihren jähen Zusammenbruch, als sich auf den Schlachtfeldern ihre Unbrauchbarkeit herausgestellt hatte, durch Härte aus Siegedünne, die schließlich in Nachgiebigkeit aus Angst umschlug, ist der Zusammenbruch des alten Systems im Herbst 1918 mit Notwendigkeit herbeigeführt worden.

Die Türken vor Smyrna.

Athen, 8. September.

Ein Funkpruch des griechischen Oberkommissars in Smyrna besagt, daß keine Aussicht mehr vorhanden sei, Smyrna zu halten. Die griechischen Truppen beginnen unter dem Druck der Türken die letzte Verteidigungsstellung vor Smyrna zu räumen. Vereinzelt türkische Vorhuten sind bereits innerhalb des Weichbildes der Stadt gesichtet worden. Die Reste der griechischen Armee flüchten aus Smyrna zurück, wo umfangreiche Maßnahmen zu ihrem schnellen Abtransport getroffen worden sind. Den Türken fiel vor Smyrna sehr viel Kriegsmaterial in die Hände, da die griechischen Verbände ihre gesamte Ausrüstung im Stiche ließen. In einem offiziellen Communiqué wird erklärt, ein Kampf vor Smyrna sei nicht zu erwarten, da die alliierten Konventionen mit der türkischen Heeresleitung Vereinbarungen getroffen hätten, die den Einzug der türkischen Truppen in Smyrna verhindern. Die Türken würden sich darauf beschränken, einen Halbkreis vor Smyrna zu bilden.

Aus Angora wird berichtet, daß die griechische Nordarmee, die der Südararmee zu Hilfe eilte, bei Kardons auf türkische Truppen stieß. Drei Divisionen der Nordarmee wurden vollständig vernichtet. Die Trümmer der Armee wurden gefangen genommen.

Aus türkischen Quellen wird gemeldet, daß die erste türkische Kolonne unter Nury-Bei das Ägäische Meer erreicht hat.

Die türkischen Friedensbedingungen.

U. Rom, 9. September.

Die Friedensbedingungen von Angora lauten jetzt nach einer Mitteilung des „Giornale d'Italia“ wie folgt: 1. Sofortige Räumung ganz Anatoliens von griechischen Militär und griechischen Besatzungen. 2. Auslieferung des Kriegsmaterials als Pfand. 3. Verpflichtung Griechenlands, seine Truppen nach Thrazien zu senden und 4. Kurze Waffenstillstandsruhe. Für den Friedensvertrag ist außerdem vorgezogen, die vollständige Räumung Thraziens und der Dardanellen und deren Rückgabe an die Türken. Ferner Rückgabe der Inseln Chios, Agilene und Kriegsentwädigung. Es ist wahrscheinlich, daß Kemal Pascha auch die Räumung Konstantinopels von alliierten Truppen fordern wird.

Die italienische Vermittlungsaktion.

U. Rom, 9. September.

In Anlehnung an die englische Einladung hat die italienische Regierung einen diplomatischen Schritt in London und Paris unternommen, damit die Regierungen sofort ihre Vertreter nach Venedig entsenden, um über die Friedenspräliminarien zu beraten.

Verlängerte Arbeitszeit in Frankreich.

Paris, 7. September, (AP.)

Wie Havas mitteilt, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten Le Troquer dem Kabinetsrat das Dekret über den Arbeitszeitgesetz bei den Eisenbahnen unterbreitet. Durch Einführung von bezahlten Überstunden wird es möglich gemacht, die Schichtzeit für die Zeit von 24 Stunden von drei auf zwei herabzusetzen, wodurch eine jährliche Ersparnis von 300 Millionen Franken erzielt wird. Weiter wurde eine Vorlage des Unterstaatssekretärs der Handelsmarine Rio angenommen, die die Arbeitsbedingungen in der Handelsmarine abändert und bestimmt, daß die Anwesenheitszeit für das Personal, die nicht mit der tatsächlichen Dienstzeit identisch ist, von jetzt ab 12 Stunden beträgt. Die beiden Dekrete werden in der kommenden Woche veröffentlicht werden und treten sofort in Kraft.

Infolge der kommunistischen Spaltungsarbeit kann die Reaktion in Frankreich ungehindert arbeiten. Die große Organisation der französischen Eisenbahner, die nach dem Kriege im letzten April über 250 000 Mitglieder zählte, ist von den Kommunisten durch die Entfesselung des Streiks im Mai 1920 und durch die Spaltung im Herbst 1921 in zwei abnennliche Stämme zerfallen worden, die zusammen noch nicht die Hälfte des früheren Einheitsverbandes zählen. Daneben gibt es aber noch christliche und gelbe Organisationen, deren an sich geringe Bedeutung durch

die Schwäche und Spaltung der Gewerkschaften wächst. Wenn wir noch hinzufügen, daß der Kampf zwischen den beiden Gewerkschaften äußerst erbittert geführt wird, dann darf man keine Illusionen über die Möglichkeit einer wirksamen Abwehraktion haben, die jetzt eingeleitet werden soll.

Feuerungsunruhen in Kattowitz.

U. Königshütte, 9. September.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags kam es in Kattowitz zu ersten Lebensmittelenruhen. Gegen 1 Uhr mittags zogen die Belegschaften der umliegenden Gruben vor das Wojewodschaftsgebäude und demonstrierten gegen die Feuerung. Der Wojewode hat um Geduld gebittet. Die Arbeiterschaft erwiderte darauf, daß sie von der Geduld nicht satt werde und begab sich nach dem Innern der Stadt. Die auf dem Markt befindlichen Verkaufsstände wurden geplündert. Auch kam es wieder zu Zündendemonstrationen, worauf sämtliche Geschäfte geschlossen wurden. In der Reichstraße wurde ein Zudermarangeschäft im Besitz der Inhaberin, einer Jüdin, gestürmt und vollständig ausgeplündert. Raubtätig und Regale wurden auf die Straße geworfen, die Kasse und sämtliche Bestände geraubt. Nach Ausbruch der Unruhen wurden starke Polizeitruppen zu Pferde und in Autos eingesetzt. Zu Schieberereien ist es bis zur Stunde noch nicht gekommen. Die Arbeiterschaft bewegt sich unruhig durch die Straßen, so daß weitere Ausschreitungen befürchtet werden. Man will auf alle Fälle bis morgen früh Geldmittel beschaffen, damit die zurückgehaltenen Löhne von den Industrieerwartungen zur Auszahlung gelangen können.

Die Not der Stadt Berlin.

SPD. Die katastrophale Entwertung der Mark hat den Berliner Magistrat veranlaßt, neue Steuererhöhungen zu beschließen. Das Defizit der Stadt Berlin beträgt zurzeit 372 000 000 M. Ein Teil dieses Betrages wird durch die zu erwartenden Reichsvorschüsse und durch den Mehrertrag aus der Reichseinkommensteuer mit zusammen 1 268 000 000 M. gedeckt werden. Zur Deckung des verbleibenden Restbetrages wurde eine Erhöhung der Grundsteuer, eine 50%ige Erhöhung der Gewerbesteuer in allen Klassen und ein Zuschlag für die Betriebssteuer beschlossen. Ebenfalls ist eine Kopfsteuer vorgezogen, die als direkte Steuer auf das Beschäftigte von zehn Arbeitnehmern und mehr gedacht ist. Diese Steuererhöhungen sollen insgesamt etwa 1 322 000 000 M. einbringen. Der noch verbleibende Restbetrag kann nur durch Einschränkung der städtischen Gesamtwirtschaft und durch weitere Reichs- und Staatszuschüsse ausgeglichen werden.

Die Lichtspieltheater der Groß-Berliner haben am Freitag beschlossen, zum Protest gegen die neuen Steuererhöhungen am 22. September ihre Betriebe zu schließen.

Der Ausverkauf an der Westgrenze.

Dem Berl. Tagebl. wird aus Aachen geschrieben: Die Ausnutzung des Marktes durch das Ausland hat selbst im übrigen besetzten Gebiet nicht so unangenehme Folgerscheinungen gezeigt, wie an der äußersten Grenze des Reiches, wo zwei valutarische Länder, Belgien und Holland, aus der Lage Profit ziehen konnten. Die Ohnmacht der deutschen Behörden, gegen den unermühten Zutromm richte sich schnell durch den Ausverkauf der Geschäfte, der diesmal ganz ungewöhnliche Dimensionen annahm: nicht nur fuhren sich ganze Geschäftszweige auseinander, ihre Verkaufszettel außer in beschränkter, viele Läden waren einfach genötigt zu schließen, weil keine Ware mehr vorhanden war. Die Stimmung der Bevölkerung ist darum sehr deprimiert, man sucht sich einzudecken, ist aber nicht imstande, mit den raffigieren Fremden zu konkurrieren, die den ständlich ansteigenden Preisen besser gewachsen sind. Die vor einigen Tagen vom Oberpräsidenten erlassene Verfügung über die Beschränkung des Einzelhandels erwies sich als wirkungslos. Es gibt bereits Deutsche, die gegen Provision, die für den Ausländer ein kleines Trinkgeld bedeutet, für jene Einkäufe besorgen. Während der früher blühende Schmuggel vornehmlich mit Tabak und Kolonialwaren, aus Holland nach Deutschland fließt, wird jetzt umgekehrt großzügig nach Holland geschmuggelt.

Kommunistisches.

Zwischen Kautsky und Trotski hat jahrelang ein grimmer Bürgerkrieg getobt über die Weltrevolution und ihre Methoden. Jetzt erklärt sich Trotski für besiegt. Nach der Berliner „Rote Fahne“ bringt die „Pravda“ ein Interview, das Trotski

dem Korrespondenten des „Giornale d'Italia“ gewährt hat. Darin stehen als Antwort Trotskis folgende Sätze:

„Die Weltlage kann schematisch in folgender Weise dargestellt werden: Der Kapitalismus bewies durch den letzten imperialistischen Krieg seine völlige Unfähigkeit zur Weiterentwicklung der Menschheit. Die Arbeiterklasse aber bewies sich im kritischen Moment als unfähig, die Erbschaft der Bourgeoisie zu übernehmen. Der Kapitalismus ist schon unfähig, die Arbeiterklasse ist noch nicht fähig — das ist das Merkmal unserer Epoche.“

Was Trotski hier als seine Ansicht erklärt, war bisher Kautskys Meinung, die Trotski auf Tod und Leben bekämpft hat und die den Kern des Streites zwischen den beiden gebildet hat. Die „Rote Fahne“ sagt keinen Mund zu dieser Kapitulation Trotskis vor Kautsky.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht die Grundlagen zu einem neuen Programm. Es handelt sich um ein Sammelprogramm von Stichworten und Randbemerkungen A. Thälheimers, das von der Programmkommission der SPD einstimmig für würdig befunden wurde, als Grundlage für die Programmarbeit zu gelten. In der Hauptsache empfiehlt Thälheimer die Aufnahme von Übergangsforderungen in das neue Programm und verteidigt diese von Moskau empfohlene Maßregel schon im voraus gegen radikalere Kritiken. Wird das zukünftige Programm der Kommunisten ebenso konfus sein wie die Aphorismen ihres journalistischen Propagandaorgans, dann kann die „Weltrevolution“ nur noch eine Frage von Tagen sein.

Die Auslandsdelegation der Sozialrevolutionären Partei Rußlands verendet folgenden Aufruf: „Die schicksalsschwere Lösung des Moskauer Prozesses hat begonnen. Einer der zwölf Todesurteile und Führer der Sozialrevolutionären Partei, Timofejew, hat Selbstmord begangen. Die Beurteilung, die nicht die Rolle von Geiseln spielen wollten, die die Handlungsfreiheit der Partei festhalten, sind, getrieben durch systematische Verhöhnung, in den Hungerstreik getreten. Sie fordern, daß das Todesurteil entweder vollstreckt oder aufgehoben werde. Wenn die Arbeiter und Sozialisten aller Länder nicht im letzten Augenblick eingreifen, kann der Selbstmord Timofejews bei allen seinen Gefährten Nachahmung finden. Wir rufen zu Handlungen auf, die es zu spät ist.“

Um gegen die sich ausbreitende Bewegung der mohammedanischen Eingeborenen anzukämpfen, suchen die russischen Kommunisten in Turkestan auf jede Weise ihre Ergebnisse zum Islam zu dokumentieren. So hat das Justizkommissariat in Turkestan angekündigt, daß das geistliche Gericht wiederhergestellt und die Kirchengüter der mohammedanischen Geistlichkeit binnen Monatsfrist zurückgegeben werden. Die örtliche Miliz wird unter aktiver Beteiligung der mohammedanischen Geistlichkeit organisiert.

Der Belgiermord in Oberkassel hat sich, wie kurz berichtet, dahin aufgeklärt, daß der tot aufgefunden belgische Unteroffizier nicht nur Selbstmörder war, sondern auch Mörder des anderen belgischen Soldaten. Er beging die Tat in völlig betrunkenem Zustand, und obwohl man ihn als Leiche mit dem Revolver in der Hand auffand, hat man es verstanden, über eine Woche die Schuld deutschen Mitbürgern anzuschreiben. Die Bevölkerung in der belgischen Besatzungszone hat für die Tat bitter leiden müssen. Sie wurde dtangalieret und mußte sich endlose Verabredungen gefallen lassen, ohne daß ein Beweis für die Tat abgemakert wurde, trotzdem die deutschen Behörden große Geldsummen als Belohnung für diejenigen bestimmten, die ernsthaften Anhaltspunkte über die Ursache der Morde und die Täter erbringen konnten. Erstrecklicher Weise hat sich wenigstens die belgische Regierung solange eines endgültigen Urteils enthalten, als die Angelegenheit nicht einwandfrei aufgeklärt war. Aber traurig an der ganzen Angelegenheit bleibt immerhin, daß sie die Maßnahmen ihrer Besatzungsbehörde gegen deutsche Besatzungstreife hat geschehen lassen, ohne auch nur einzuschreiten. Von belgischer Seite wird angekündigt, daß der Reichsregierung für die unbedingten Verdächtigungen deutscher Besatzungstreife und die übertriebenen Maßnahmen der belgischen Besatzungsbehörde Genugtuung geleistet werden soll.

Es ist unglaublich.

daß es noch eine praktische Hausfrau geben könnte, die nicht aus eigener Erfahrung wüßte, daß die weitberühmten „Heimanns Farben“, Marke „Fuchskopf im Stern“ zum Selbstfärben aller Kleider, Blusen, Gardinen, 6658) Strümpfe usw. die besten sind.

Der Sprung in die Welt.

Ein Jung-Arbeiter-Roman von Arthur Zidler.

3. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

VII.
Von der Straße hatte Kubis Ruff. Hans ging ans Fenster, münkte ihm, lehnte sich seinen Hut auf und ging hinaus. Sie schiederten hinaus ins Außenland, logen die Sonntagslust in die Lungen; auf einmal brach der Sturm und sie sprangen über Hecken und Büsche, rumpelten sich und rannsen ausgelassen dahin. Die Straße lockte, sie schritten munter aus, bis sie in die Herde kamen, wo der Sommerwind wehte, die Kleider mit den Büscheln nischen und rote Bogenleuchten leuchteten. Sie warfen sich in den Sand, wühlten die Hände hinein, wühlten sich und radeten die Armeien mit Reiskern. Aus einem Holzhaufen rissen sie handfeste Ärmel und gingen damit gegeneinander an wie eiferfüchtige Richter, die um eine köhne Frau kämpfen. Denn waren sie sich in einen Anst und ipöhnen auf die ferne Straße, waren wieder, wie einst, sügne Delamaren und Jostelen, die den Klagenführer den Weg in die heimlichen Landgründe verlegen. Sie sprangen auf und lachten, bis sie vor sich selbst erschrecken. Zuletzt logen sie auf dem Rücken, ihr Bild fürzte in die Unendlichkeit des blauen Himmels und zog mit weißen Wolken in jene Ferne, wo weder Zeit noch Seite getobt wird.

So trüben sie es bis zur Dämmerzeit und landeten schließlich in einem Sturz zwischen Dorf und Stadt, wo Langbeine die janzbestimmte Diele weichen und ein verstaubtes Klavier sich des Strot kleiner alten Tage verbienet. Sie mückten sich in den Trübel der langbeinen Weiden, bemaßten sich an troden Augen und blonden Haaren und probierten sich zuletzt selber an den einfachen Randbängen.

Als sie heimkehrten, lag die Straße im hellen Schein des Mondes, nur ihnen dunkelte der Dichtbusch der Stadt, die nach ihnen grüß und der sie zum erstenmal den Hof einer amüßigen und sehnsüchtigen Jugend entgegenstauten.

„Wenn ich an meine Seitenhölle denke, mag ich leben,“ sagte Kubis, ich bezte schon immer daran, einzugestehen. Ich habe noch nicht in der Straße zu gehen wie du, wenn ich dich sehe, aber ich glaube, auch das kann man haben. Ich brauche mich ja nur zu bescheiden, daß mich der Seitenhölle von allein verschluckt.“

„Du hast es noch besser als ich, dein Hut ist kein ein Teil, der meine aber ist wie ein Tier, das ich füttere und nicht mag.“

ertragen kann. Wenn er fürcht, ertride ich in der Rohheit, mit der er mich ergreift. Ich bringe sich jeden Abend die Brote wieder mit nach Hause, die mir meine Mutter einpaßt, weil mir im Köpff jeder Bissen im Halse stecken bleibt. Meinem Vater wage ich nichts zu sagen, weil er mir antworten wird, das sei nur die Suppe, die ich mir selbst eingebracht habe. Wenn ich nur an die paar Monate denke, die ich jetzt hinter mir habe, granz mir nur den zweieinzigsten Jahren, die ich noch dort verbringen soll. Aber was soll ich tun? Hastelstrunk läßt mich nicht fort, und der Vater kann das Vögelgeld nicht zahlen. Trotzdem kann das so nicht weitergehen — es wird etwas passieren.“

Sie kamen an die ersten Laternen der Stadt, da besann sich Kubis, trante in den Laternen und brachte ein Stück Zeitungspapier zum Vorschein. „Ich habe gestern ein Stück Gedicht gemacht, das ich nicht ganz verstehe, trotzdem es mich so eigenartig bewegt,“ sagte Kubis und las im Schein der Laternen:

... Denn sie, herrlichen Weibern gleich,
habt ihr Himmlichten, ihr Messerhaken:
daß ich wüßte, mit Vorzucht
mich des ebenen Pfads geführt.

Alles prüfte der Mensch, logen die Himmlichten,
daß er, frühig genächt, danken für alles
und verstehe die Freiheit,
anzubeden, wohin er will!

„Gib mir des Gedicht, ich will es noch einige Male durchlesen,“ hat Hans, und Kubis gab ihm das Papier.

Hans legte sich zu Bett und küßte gleich ein. Witten in der Nacht wachte er auf, und sprach die Worte: ... und verstehe die Freiheit, anzubeden, wohin er will! Es tat ihm wunderbar wohl, ohne daß er sagen konnte, warum.

VIII.

Hastelstrunk gab Hans eine Netze zu haben, in der er Fischerei ausüben sollte, wieß der Tengel, zu welchem Zwecke. Die Netze war zu heiß, Hans ließ sie fallen und sie zerbrang. Das Fischernetz kam mit der Zeit. Hastelstrunk hatte, daß die Schöpfung pürierte und küßte Hans ins Gesicht. Hans blieb ruhig stehen, nur seine Arme bebten, denn wachte er sich um und ging langsam in den Abertromm, wo er zu weinen begann. Die Tränen liefen durch seine Finger, und wüßte er rasiger wurde, sprach es wieder in ihm: alles prüfte der Mensch und verstehe die Freiheit, anzubeden, wohin er will. ...

Da klopfte es draußen gegen die Tür. Der Ziegenpeter stand draußen und sagte Hans, er solle sofort zu Abel und Bretschneider fahren und drei Raktleinmuskler abgeben. Hans steckte die Muster in die Tasche, holte das Rad aus dem Versteck und fuhr los. Als er über die Brücke fuhr, packte ihn ein heftiges Weh in der Brust; er sprang vom Rade, trat an das Brückengeländer und sah in den Strom, auf den die Sonne glänzte. Er verfiel der Täuschung, der Strom stehe still und die Brücke sei ein Schiff, das sich bewege und ihn fortführe in ein anderes Land. Lange stand er so und starrte in die Flut, dann hob er den Kopf — und war ruhig und froh. Er holte die Raktleinmuskler aus der Tasche und warf sie in den Strom. ...

Unauffhaltsam fuhr er dann am Quai des Stromes entlang, ließ bald die Häuserflanken, die ihn zur Rechten begleiteten, zurück und kam in grünes Weidenland. Er verfolgte den Lauf des Stromes auf Wegen und Straßen, durch Dörfer und an Waldungen entlang; der Tag war warm, Hans öffnete die Hemdbluse. Nur einmal, an einem Bahnpärterhäuschen, stieg er ab und ließ sich ein Glas Wasser geben, dann fuhr er erfrischt weiter, in die Berge hinein, die immer näher heranrückten. Keine Spur von Müdigkeit war in ihm, nur ein jauchendes Gefühl körperlicher und seelischer Erlösung. Er freute sich unbändig über die hunte Welt, durch die er glitt, über den schimmernden Glanz der Straße, die dunklen Baumhänge der Berge, über den Sommerhimmel und das tiebende Wasser, das alles spiegelte. Wenn sich die Straße zu steil aufbäumte, schob Hans das Rad, um dann nach kurzem Ausblick auf die in eigene Schönheit verunkerte Landschaft bei wüßelnden Bedalen mit weitabgestreckten Beinen ins Tal zu laufen. Es war, als sei die Maschine sein Verbündeter, die in der Stadt jeden Tag ihre Tüden gezeigt hatte, schnurte leicht und frohlich und ohne Havarie dahin, selbst bei den Sprung über eine am Ufer befestigte Schiffstiege nahm sie nicht übel. Die Berge waren zusammengedrückt. Hans fuhr den Berg entlang, den der Strom gegraben hatte, und als die Dämmerung über erster Schleier zwischen die Bergfalten hing war Hans in die Nähe der Grenze gelangt. Er ließ sich auf das andere Ufer übersehen und erreichte den Uebergang in voller Dunkelheit. Er sah das Licht der Zollstation und führte das Rad zu Fuß vorbei, ohne zu hören. Der Zollwächter warf nur einen flüchtigen Blick auf Hans, den er für einen der Arbeiter halten mochte, die regelmäßig die Grenze überschreiten, und rief ihn nicht an. Hans atmete auf und fuhr den Lichtern der Stadt zu, die einen halben Kilometer vor ihm lag.

(Fortsetzung folgt.)

Das Mögliche nehmen.

Es ist jetzt Mode geworden, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit das bekannte Wort Dantons: „Kühnheit, Kühnheit und nochmals Kühnheit“ zu zitieren. Herr v. Kahr, Führer einer „napoleonischen Tat“. Diese Sehnsucht nach Dantons und Napoleons Charakteristik unsere Zeit. Sie kommt zu keinen tiefen Entschlüssen und wenn mal zu Entschlüssen, dann nicht zum Ausführen. Man sehe sich nur einmal die spießbürgerliche Sucht an, mit der bei jeder Veranlassung der Regierung zur Bänderung der Not sofort alle die tausend Schwierigkeiten, Möglichkeiten und Unmöglichkeiten erörtert werden. Man sieht immer nur Schwierigkeiten, hat sich zu bemühen, den Weg zu suchen und zu sehen, der durch die Schwierigkeiten durchführt.

Kaum war das Tabakverbot erlassen, da überboten sich schnell die bürgerlichen Blätter darin, all die Klagen und Einwände und Bedenken der Tabakindustriellen schon länderlich vorzutragen. Als ob das Reichswirtschaftsministerium nicht ebenfalls müßte, daß jedes Ding zwei Seiten hat, jedes wirtschaftliche Ding in Deutschland heute zehn, zwölft und hundert Seiten! Aber für das Tabakverbot war, wie das bei allen Maßnahmen zur Bänderung der Not der Fall ist, die Frage maßgebend: Hat die Maßregel, alle Schwierigkeiten und Härten eingerechnet, volkswirtschaftlich etwas Gutes für sich oder nicht? Wenn ja, dann muß sie durchgeführt werden. Brot oder Tabak? Was braucht Deutschland im kommenden Winter? Ob jetzt im Augenblick die Frage über die Zollerhöhung, das ist eine untergeordnete Frage. Wesentlich ist: Was soll eingeführt werden, Nahrungsmittel oder Luxusprodukte? Wer dann sagt, muß auch B. sagen. Wer die Nahrung will, muß das andere erbeten wollen. Gewiß sind Betriebseinschränkungen im Tabakgewerbe wahrscheinlich. Sie sind aber unvermeidlich, wenn das Hauptziel erreicht werden soll. Für die erwerbslosen Tabakarbeiter muß natürlich gesorgt werden. Aber diese Spesen und noch einige andere dazu machen die Maßregel des Reichswirtschaftsministeriums noch lange nicht illusorisch. Wir rechnen darauf, daß sich der Reichswirtschaftsminister Schmidt von den Tabakindustriellen nicht breitzhagen läßt. Ein sentimentaler, zimperlicher und allzu gefühlvoller Arzt taugt nicht für schwere Operationen.

Wesentlich liegen die Dinge beim Kampf der Gastwirte, Diebstahl und Lärmsachen gegen das Schlemmereigeseß. Da hat sich die bürgerliche Presse in diesen Tagen wieder einmal etwas geleistet. Zehntausend Gründe wurden binnen 24 Stunden entdeckt, die alle klipp und klar beweisen, daß der Kampf gegen die Schlemmer unmöglich sei. Wir wundern uns nur, daß der Staatssekretär des preussischen Ministeriums des Innern, Dr. Freund, sich die Mühe gemacht hat, in einem Vortrag sich mit allen diesen Einwänden und Einwänden zu befassen. Die Gastwirte beschwerten sich, man habe sie vorher nicht gehört. Was konnte der Staatssekretär von den Gastwirten anderes hören als ein Nein! Also wozu erst noch zweitägige Konferenzen. Uebrigens, wenn die Gemeindeporetur ihre Schlemmersteuer festsetzen, werden die Gastwirte ja noch ausgiebig zu Worte kommen. Die subtilsten Unterjochungen wurden angefertigt, um das Schlemmersteuerverbot lächerlich zu machen. Die Schlauberger hätten sich die Mühe sparen können. Die Sache ist gräßlich einfach. Es wird in den feinsten Hotels und gewöhnlichen Kneipen über Gebühr verzehrt. Die Sauferei besonders hat in der letzten Zeit recht unangenehm zugenommen. Die Kommunen werden sich nicht lange den Kopf zerbrechen müssen, um eine Höchstgrenze festzusetzen, über die hinaus die Schlemmerie beginnt, die von der Steuer erfasst wird. Aber die Steuerhinterziehung? Natürlich wird bei der Schlemmersteuer gemogelt werden, aber trotzdem wird sie etwas einbringen. Sie wird sich rentieren, trotz aller Spesen, und darum muß und wird sie zunächst für ein Jahr durchgeführt werden. Die Schlemmersteuer hat nur einen Fehler: Es fehlt ihr Gegenstück: das Verbot der Sauferei. Es gibt nichts Schamloseres als diese Plünderung der Läden durch die Bemittelten, während die Minderbemittelten dabei stehen und zusehen müssen, wie die Luftkassiere ihnen jedes Pfündchen Lebensmittel versteuert.

Einschränkung des Tabakgenusses, Schließung der Läden, Schlemmersteuer — wenn all diese Dinge noch keine Rettung aus der Not bedeuten, wenn in Deutschland noch ganz andere, richtige Pferdchen notwendig sind, — gut: man soll das eine tun und das andere nicht lassen.

26. Deutscher Ortskrankentag.

SWD. Karlsruhe, 5. September.

Am letzten Konferenztag wurde zuerst von Abteilungsleiter C. Kiege: Berlin das Reichsverordnungsgesetz behandelt, wobei er den Bureaucratismus in den Versorgungsbehörden kritisiert, der hauptsächlich von den darin befindlichen ehemaligen Offizieren hervorgerufen wird. Das Reichsarbeitsministerium hat sich der Baukastensystem verschlossen. Das bürokratische System des langwierigen Verhandels verhindert die rasche Durchführung der Heilverfahren. Die Feststellung des Grundlohnes bei den Beschädigten ist unmöglich. Noch viel weniger ist es bei den Beschädigten möglich, die Einkommensminderung festzustellen. Es ist deshalb nicht zu verstehen, warum die betreffenden Bestimmungen aufrecht erhalten werden. Die Krankentassen verlangen mit Recht, daß ihnen die Durchführung des Heilverfahrens möglichst gemacht wird. Grundsätzlich hält der Verbandstag daran fest, daß Barleistungen für Zugestellte von den Versorgungsbehörden unmittelbar und nur die Krankenpflege und die Krankenhauspflege von den Krankentassen zu gewähren sein soll; 2. daß den Beschädigten bei einer durch Dienstbeschädigung herbeigeführten Arbeitsunfähigkeit die Vollrente samt den entsprechenden Feuererzeugnissen zuzuführen muß mit der Maßgabe, daß Versicherten das ihnen von ihrer Krankentasse zugesagte, das bisher vorzulehene Entgelt einer nachzuweisenden Einkommensminderung hat wegzufallen. In der Frage der Rechtshilfe müssen sich die Herren Bureaucraten in den Amtsstuben daran gewöhnen, daß die Krankentassen nicht die Mähenbrödel sind, zu denen sie sie gern machen möchten.

Die Anträge auf eine durchgreifende Abänderung des Reichsverordnungsgesetzes wurden einstimmig angenommen.

Präsident Fräßdorf: Dresden berichtet über die Reorganisation des Hauptverbandes deutscher Ortskrankentassen, deren neue Satzungen vor allem die straffere Zusammenfassung der Rassen erwirkt. Die nützliche Tätigkeit der Landesverbände wird dadurch nicht erschwert. Nicht Ueberzentralisation, sondern Ausbau und Befestigung der Tätigkeit des Hauptverbandes ist die leitende Idee der Satzungsänderung. Durch die Satzung wird angedeutet, daß die Verbandstätigkeit in den Bezirken der Oberversicherungsämter eine stärkere wird und vor allem eine regere Führung eintritt. Auch soll nun die Möglichkeit gegeben werden, daß in den Bezirken Geschäftsführer angestellt werden, die von den Landesverbänden angestellt werden.

In der Ansprache befragt G. a. m. e. - Stuttgart Vertagung der Satzungsänderung, da die württembergischen Krankentassen die Verantwortung für die Satzungsänderung nicht tragen könnten. — Präsident Fräßdorf: Dresden erklärt in seinem Schlußwort, daß er kein Vertrauen zu Krankentassen habe, die, wie in Württemberg durch Sonderabkommen mit den Ärzten die Krankentassen schwer schädigen. Wir sind davon überzeugt, daß die württembergischen Hauptvorstand stehen werden. Stuttgart wollte sogar, ohne Erfolg allerdings, den Hauptverband zwingen und einen besonderen süddeutschen Verband gründen. (Zwischenrufe: Unerhört!) Wir sind mit den Stuttgarterm loan-

verfahren. Sie haben keinen Landesverband; dagegen sind sie in einem Verband mit den Betriebs- und Innungsstellen.

Die Satzungsänderung wird mit allen gegen eine Stimme angenommen. Der Antrag auf Zahlung eines nachträglichen Beitrages von 50 Pfg. wird einstimmig angenommen. Für das Jahr 1923 wird einstimmig ein Beitrag von 30 Pfg. bestimmt. Der Hauptvorstand wurde in einstimmig vorgenommener Wahl wie folgt nominiert: Präsident Fräßdorf, Dresden, Vorsitzender; Fabrikant Uhlig, Dresden, stellv. Vorsitzender; Stadtrat Kischke, Dresden, stellv. Vorsitzender; Buchdruckereibesitzer Wrenns, Charlottenburg, Beisitzer; Direktor Albert Kohn, Berlin, Beisitzer; Rechtsanwalt Dr. Nuernerger, Nürnberg, Beisitzer; Kassenvor. Lanz, Hamburg, Beisitzer; Betriebsleiter Sieberis, Düsseldorf, Beisitzer; Kassenvor. Drescher, Magdeburg, Beisitzer; Landtagsabg. Scholich, Breslau, Beisitzer; Kassenvor. Frösch, Frankfurt a. M., Beisitzer; Kassenvor. Hof, Karlsruhe, Beisitzer. — Als Ort der nächsten Tagung wurde nach erfolgter Einladung Hamburg bestimmt.

17. Deutscher Mietertag.

Der letzte Verhandlungstag wurde hauptsächlich mit Organisationsfragen ausgefüllt. Die Schaffung neuer Statuten, die eine straffere Gliederung bringen sollen, wurde einer Kommission überwiesen. Das Recht zur Erhöhung der Beiträge wurde dem erweiterten Vorstand zuerkannt.

Zum Reichsmietengesetz fand eine Entschließung Annahme, die von der Reichsregierung den Erlass einer Ausnahmsverordnung zum RMG. fordert, um dem Durcheinander der 17 einzelstaatlichen Ausführungsbestimmungen ein Ende zu machen. Nur auf diese Weise könne das Gesetz als wirkliches Reichsgesetz Geltung erlangen.

Zum Schluß der Verhandlungen fand eine Entschließung Annahme, die von der deutschen Arbeiterschaft alle Beachtung verdient. Besonders deshalb, weil sie zeigt, daß der Mänterungsprozess im Mieterbund, der zum Teil ganz heterogene Elemente in sich birgt, erfreuliche Fortschritte macht. Vom sozialistischen Standpunkt aus gesehen, darf die Annahme dieser Entschließung mit als Haupterfolg gebucht werden. Sie besagt: „Der 17. deutsche Mietertag erblickt im Bunde deutscher Mietervereine die wirtschaftliche Interessenvertretung der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Die Erfüllung der mannigfaltigen und großen Aufgaben des Bundes erscheint dem Mietertage jedoch nur dann möglich, wenn alle wirtschaftlichen Organisationen, die ähnliche Ziele verfolgen, zu tatkräftiger Unterstützung und Mitarbeit bereit sind. Insbesondere erhofft der Mietertag von der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften aller Richtungen eine starke Förderung seiner Aufgaben und Ziele.“

Als parteipolitisch neutrale Organisation fordert der Bund deutscher Mietervereine von allen politischen Parteien das Eintreten für seine Forderung auf soziale Neugestaltung des Wohnungswesens. Der Mietertag erkennt dankbar die Hilfe an, die die mieterfreundlichen Parteien und Abgeordneten bei dem Zustandekommen des Reichsmietengesetzes der Arbeiterschaft geleistet haben. Er bedauert, daß einige Parteien geschlossen, andere zum großen Teil gegen das Gesetz gestimmt und es erheblich verschlechtert haben. Bei der großen Bedeutung einer neuzeitlichen sozialen Wohnungsgesetzgebung für das deutsche Volk erwartet der Mietertag von der deutschen Arbeiterschaft, daß sie aus dem Verhalten der Parteien und Abgeordneten bei kommenden Wahlen ihre Schlußfolgerungen zieht.“

Bei der Vorstandswahl wurden Dr. Groß und Hermann-Dresden als Vorsitzende wiedergewählt und als nächster Kongressort Dresden bestimmt.

Die Presse vor der Katastrophe.

Berlin, 7. September.

Im Reichsrat wurde heute die Notlage der Presse eingehend besprochen. Der Vertreter von Westfalen, Lenking, erklärte u. a.: Zahllose Zeitungen sind eingegangen, und ich kann ohne Uebertrieb sagen, daß, wenn nicht sofort mit entschärfenden Maßnahmen eingegriffen wird, die Zeitungen in aller nächster Zeit bis auf verschiedene Ausnahmen in Deutschland überhaupt eingehen werden. Der Redner hat die Regierung, die Inkonsistenz der Zeitungen zu Stunden oder die Stapelung zu halbierten, so daß nicht mehr als 2 Prozent zu zahlen seien. Ferner müsse auf einen angemessenen Preis des Papiers hingewirkt werden, denn der jetzige Preis des Syndikats sei nicht gerechtfertigt. Denselben Gedanken unterstrich der Vertreter der Rheinprovinz, Landgerichtsrat Schumacher. Er verlangte, daß das Publikum durch amtliches Material aufgeklärt werde. Ferner regte er an, die Arbeit der Zeitungsindustrie abzuschaffen. Reichswirtschaftsminister Schmidt äußerte, es frage sich, ob die Maßnahmen ausreichend seien, die das Gesetz dem Reichswirtschaftsminister in die Hand gibt. Er könne Höchstpreise festsetzen und ein Zwangssyndikat für die Rohstoff- und Papierfabrikation bilden, aber man dürfe darauf keine großen Hoffnungen setzen. Wenn er die Syndizierung vornehme und er habe die Absicht, sie jetzt zu betreiben, und wenn er Höchstpreise festsetze, so komme man immer noch nicht zu einem befriedigenden Ergebnis. Selbst wenn der Papierpreis um 10 Pf. herabgesetzt würde, müßte ein Abonnementspreis von etwa 500 Pf. festgesetzt werden. Auch sonstige Maßnahmen, wie z. B. Tarifermäßigungen usw. würden alle nichts helfen. Es sei die Vergabe von Holz seitens der Länder unbedingt nötig.

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat am 2. und 3. September in Weimar eingehend über die Lage beraten und am folgenden Tage dem Reichswirtschaftsminister persönlich folgende dringende Anträge übermittelt:

1. Befestigung von Höchstpreisen für Zell- und Holzstoff und Zeitungsdrapaper.
2. Sicherstellung eines ausreichenden Einschlags von Papierholz in den Forsten sowie Bereitstellung der erforderlichen Menge von Papierholz zu angemessenen Preisen.
3. Verstärkung des Fonds der Rückvergütungsfälle.
4. Befestigung des neuerlichen Verschärfung der Zahlungsbedingungen, die an Stelle der bisherigen Ziele von 4 Wochen und mehr Vorauszahlung des halben Monatsbetrags fordern.
5. Weiterhin auf Befestigung der steuerlichen Mehrbelastungen (Anzeigensteuer) und andere steuerliche Maßnahmen.

Zur Bekämpfung des Fleisch- und Viehwuchers.

Eine Versammlung der Berliner Schlachtermeister, die sowohl von Kadetten als auch von Vertretern der Congressschlächtereien und Wurstfabriken stark besucht war, beschloß sich eingehend mit der Preissteigerung auf dem Berliner Vieh- und Fleischmarkt zu beschäftigen. Die Beschlüsse sind mit Maßnahmen zu ihrer wirksamen Bekämpfung. Einstimmig wurde der Wucher mit Vieh, für den insbesondere die Viehkommissionäre und ihre Verkäufer verantwortlich gemacht werden, aufs schärfste verurteilt und die sprunghafte Preissteigerung als unerbittlich bezeichnet, zumal kein Mangel an Schlachtvieh vorhanden sei. Mit besonderem Nachdruck wurde der erste Wille des gesamten Fleischergewerbes betont, von dem aus jede Preissteigerung, auch etwa in den eigenen Reihen, zu bekämpfen und die Behörden in dem gleichen Bestreben energisch zu unterstützen. Als ein Mittel gegen den Wucher wurde vor allem die rückwärtslose Entfesselung aller nicht einwandfreien Elemente bezeichnet, die sich in den Gang der Fleisch-

versorgung eingeschlichen haben. Eine Kommission soll dem Reichs- und Provinzialminister die Vorschläge des Berliner Fleischergewerbes zur Bekämpfung des Wuchers mit Vieh unterbreiten.

Wucherbekämpfung in Thüringen.

Das thüringische Ministerium des Innern hat im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium und dem Justizministerium eine Verordnung gegen Wucher und Preissteigerung erlassen, die u. a. besagt: Die Preissteigerung ist wesentlich begründet durch das Bestreben der Erzeuger und Händler, die Preise willkürlich nach dem höchsten Dollarkurs zu bestimmen. Dies Bestreben hat keine Berechtigung, zumal die Kaufkraft der Markt im Inland einen der Valuta entsprechenden Tiefstand nicht erreicht hat. Die Behörden werden angewiesen, die bereits bestehenden Anordnungen gegen den Wucher aufs schärfste anzuwenden, insbesondere die Preisprüfungen auf der Grundlage der Gestehungskosten vorzunehmen. Gegen jede unangemessene Preissteigerung ist nachdrücklich einzuschreiten. Von dem Recht, Verordnungen über Preisverhältnisse und Preisänderungen zu erlassen, ist Gebrauch zu machen. Der Zwischenhandel auf Märkten ist einzuschränken. Milde Händler sowie sonstige unzuverlässige preis-treibende Erzeuger und Händler sind sofort zur Anzeige zu bringen, gegebenenfalls festzunehmen. Jeder Wucherer und Schleichhändler wird sofort nach begangener und entdeckter Tat abgeurteilt werden. Zu diesem Zwecke wird durch das thüringische Justizministerium ein summarisches Verfahren eingeführt werden.“

Volkswirtschaft.

Wiehmärkte.

Hamburg, 8. September.

Schweinemarkt.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, wird mitgeteilt:

Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht: Beste Fetteschweine über 250 Pfd. 13 500—14 500 Mt., mittelschwere Ware über 220 Pfd. 12 500—13 400 Mt., gute leichte Ware von 180—220 Pfd. 11 500—12 400 Mt., geringere Ware 9000—11 000 Mt., beste Sauen 12 000—13 000 Mt., geringere Sauen 9000—11 500 Mt. Zufuhr: 1550 Stück. Das Geschäft verlief bei kleinem Auftrieb lebhaft, die Preise wurden erhöht.

Devisen-Kurse.

Berlin, 9. September.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	8. Septbr.	7. Septbr.
Amsterdam	100 fl.	5593.00 — 48988.75
Brüssel (Antwerpen)	100 Fra.	10511.70 9588.—
Kristiania	100 Kr.	23770.25 20973.75
Kopenhagen	100 Kr.	30661.80 27066.10
Stockholm	100 Kr.	38052.35 33957.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	2946.80 2636.70
Rom	100 Lire	6292.10 5617.95
London	1 £	6411.95 5617.95
New York	1 Doll.	1428.21 1298.87
Paris	100 Frs.	11186.— 10162.25
Zürich	100 Frs.	27940.75 24569.25
Madrid	100 Pesetas	22222.15 19999.95
Wien	100 K.	1.73 1.68
Prag	100 K.	4669.15 4845.55
Budapest	100 K.	68.92 55.93

Das Wetter der Woche.

Von der Landwirthschaftlichen Wetterwarte in WDR.

In der laufenden Woche (3. bis 9. September) herrschte bisher die Trockenheit bei teilweise heiterem Himmel vor, wie wir erwartet hatten. — Auch die nächste Woche (10. bis 16. September einschl.) zeigt nach unseren Untersuchungen durchweg einen trockenen Witterungscharakter, wenn auch hin und wieder vereinzelte, schwache Niederstürze auftreten, wie um die Wochenmitte. Im großen ganzen herrscht im Bezirk (Schl.-Holst., Hanjastädte, Mecklenb., Hannover, Brandenburg, N.-Westfalen und N.-Hessen) unter dem Einflusse eines umfangreichen, 775 mm erreichenden Hochdruckgebietes über Nord-Europa, das sich bereits am 5. September über NW- und N.-Deutschland ausbreitete und bisher sich behaupten konnte, sog. Hochdruckwetter: heiterer Himmel, im Küstengebiet wie im nördlichen Binnenlande nachts und morgens oft starker, nässender Nebel, sonst Trockenheit mit schwachen N.- bis O.-Winden und erheblichen Wärmegegensätzen zwischen Tag und Nacht. Nachts und frühmorgens geht die Temperatur stellenweise — besonders in Nord-Schleswig, wie in Moor-gegenenden Schl.-Holsteins und Hannovers — bis nahe dem Gefrierpunkte herab. Strichweise tritt Reif auf. SW- und Südwind Europa wird meist von atmosphärischen Störungen eingenommen, deren Ausläufer gelegentlich auf ihrem Vorstoß nach N. die Witterung der südlicheren und östlichen Bezirke unangünstig beeinflussen und dort vorübergehend Trübung und schwache Niederstürze (12., 14.) veranlassen. Gewitter sind bei dieser Wetterlage selten. Die Sonnenscheindauer ist ziemlich groß. — Im einzelnen: 10. September: Nachmittags angenehm, sonst ziemlich kühl, teils neblig-trübe, teils heiter, schwache N.- bis O.-Winde; trocken. Nur im Küstengebiet vereinzelte Sprühenregenauer bzw. nasser Nebel. 11. September: Tags wärmer, morgens vielfach neblig, sonst trocken und vielfach heiter; schwache östliche Winde. Nachts sehr kühl; stellenweise Reif. 12. September: Wenig Veränderung der herrschenden Witterung. Nachts strichweise Reifgefahr. 13. September: Im Süden und SO. Versuch einer Wetteränderung. Zunahme der Bewölkung, auf-frischende ND.- bis N.-Winde, kühl; nachmittags und nachts schwache Regenfälle. Im übrigen Bezirk nach meist sonnig bis heiter und trocken. 14. September: Wolkig, im SO. trübe, leb-hafte ND.- bis NW.-Winde, schwache, andauernde Regenfälle im S., SO., O. und ND. Sonst vorwiegend trocken; kühl. 15. September: Tags wärmer mit Auflockerung, böige lebhafte NW.- bis ND.-Winde. Durchweg trocken, mit Ausnahme des Ostsee-küstengebietes. 16. September: Wechselnd bewölkt, teilweise heiter und trocken, mäßige N. und ND.-Winde; ziemlich kühl. Nachts stellenweise Reifgefahr.

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Feuilleton i. B.: Hermann Bauer; für den übrigen Teil: August Schulz; für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.



die beste Milch-Schokolade.

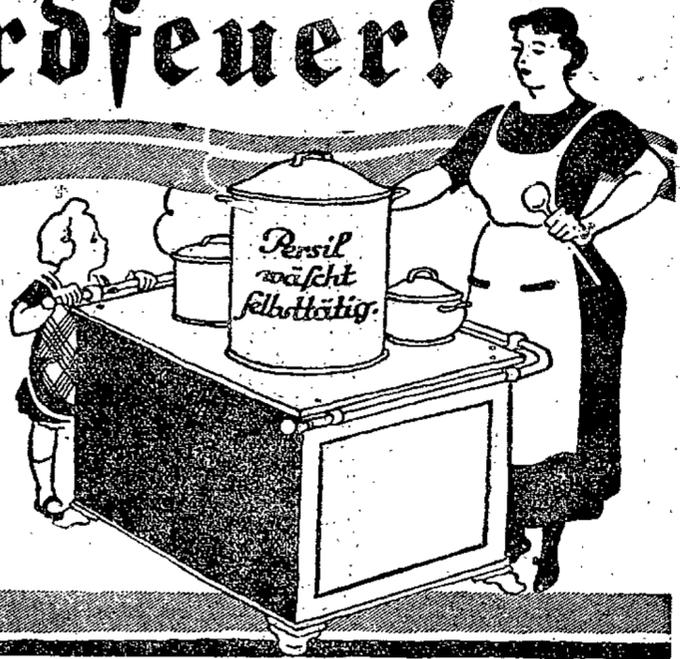
Nut-Ziehe
Wahmstr. 9.
Herrenhut-
Umpresserei
u. -Reinigung
Zylinder-Rüden
u. -vermieten.

Meine Spezialität:
Verlobungsringe
333, 585,
750 u. 900
gestempelt
mit o. Fein-
gold verarb.
Ringe in
modernen Formen. Alle
Weiten vorräthig. (6687)
Westfaling
Uhrmacher und
Zinnetier.
32 Holten-
thor 32

Nutze dein Herdfeuer!

Falscher Hasenbraten kann,
Mit Muskat und Pfeffer dran,
Anspruchsvolle selbst begeistern.
— Um die Kohlennot zu meistern
Koch bei seiner Zubereitung
Deine Wäsche*) in Begleitung.

*) Persil, das selbsttätige Waschmittel, reinigt, bleicht und desinfiziert die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen u. bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis.



Kammerlichtspiele

Seepiraten.

6. und
7. und
8. und
9. und
10. und
11. und
12. und
13. und
14. und
15. und
16. und
17. und
18. und
19. und
20. und
21. und
22. und
23. und
24. und
25. und
26. und
27. und
28. und
29. und
30. und
31. und
32. und
33. und
34. und
35. und
36. und
37. und
38. und
39. und
40. und
41. und
42. und
43. und
44. und
45. und
46. und
47. und
48. und
49. und
50. und
51. und
52. und
53. und
54. und
55. und
56. und
57. und
58. und
59. und
60. und
61. und
62. und
63. und
64. und
65. und
66. und
67. und
68. und
69. und
70. und
71. und
72. und
73. und
74. und
75. und
76. und
77. und
78. und
79. und
80. und
81. und
82. und
83. und
84. und
85. und
86. und
87. und
88. und
89. und
90. und
91. und
92. und
93. und
94. und
95. und
96. und
97. und
98. und
99. und
100. und

Reingefallen.

Außerdem:
Eine großartige
Extra-Einlage
in 6 Akten.

Königstr. 25. Ab Freitag, den 8. bis einschl. Donnerstag, 14. Sept.

+Magerkeit+
Schöne volle
Körperformen
durch unser
"Mager" Kräftiger
in 6 bis 8 Wo-
chen bis 80 Pf.
Zunahme. Ge-
rät unbedingl. Kräftlich
empfehlen. Streng reell!
Viele Dankschreib. Preis
Karton mit Gebr.-Nam.
Mk. 40.—. Porto extra.

Alleinige Niederlage:
Adler-Apotheke,
Lübeck, Ob. Mengstr. 10.
(6647)

Moslinger Saal.
Morgen Sonntag,
nachm. 4 Uhr:

Vornehm. Tanzräschen
Auftritte des berühmten
Reitherrschafes Angerpaar-
es Conrad-Schrow und
Partnerin aus Hamburg,
sowie des bekannten Lü-
beker Humoristen Hans
Walter Stier.
Moderne Tänze.
Künstler-Kapelle.
Fr. Schumanns und
Kuchen. (6700)
Angenehmer Familien-
aufenthalt. Preis Ein-
tritt: Rud. Jäde.

Gesellschaftshaus u.
Café Muuß
Israelsdorf. (6658)
Morgen Sonntag:
Im weißen Saal:
Kammerkonzert
Im ersten Saal:
Konzert
mit Langspielplatten
u. Künstler-Vorträgen
Anfang 4 Uhr.

Künstl. Zähne
Zahnziehen mit
örtl. Betäubung
bei größter Schon-
ung für nervöse
Patienten zu empfehlen. Plombierungen,
Goldkronen, Stützähne, Brückenarbeiten in
korrekter, sachgemäßer Ausführung u. billigt.
Preisberechnung. Umarbeiten schlecht sitzen-
der Gebisse. Reparaturen in kürzester Frist.
Zahn-Praxis (6627)
E. Haus, Mühlenstraße 1/3, 1.
Telephon 1703.

Drillanten, Perlen
ganze Läger sowie
auch lose Ware
Lauft zum Niejen-Auslandskurs (6544)
Frich, Plauenstr. 2, 1. Etage

Allen lieben Gästen, Freunden und Be-
kanten zur heil. Nachricht, daß ich mein
Restaurant "Johannishof" aufgegeben
und am Sonnabend, dem 9. September
Die Bewirtschung
des
Hansa-Theater-Restaurants
übernehme. — Zudem ich für das mit
jahrrelang bewiesene Vertrauen herzlichst
danke, bitte ich, auch mein neues Unter-
nehmen gütlich zu unterstützen. (6654)
Geschäftsgesell.
Otto Engels.

Weißer Engel.
Morgen Sonntag: (6649)
Großer Ball.

Eintritt und
Konz. frei. (6629)

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.
Dienstag, den 12. September
abends 7 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Die Volkshochschule.
2. Der Bezirksparteitag in Bülow.
3. Wahl der Delegierten.
4. Mitteilung des Vorstandes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.
Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.

Konditorei Starke Kaffeehaus
Königstr. 25. (6654) Tel. 8860
Täglich von 10 Uhr früh: Frühgebäd!
Ab 4 1/2 Uhr nachm. die berühmten (6646)
Raff-Zdenko-Kammerkonzerte.

Kreis-Signa-Spiel

Sonntag, den 10. September 1922,
vormittags 10 Uhr. (6655)
Kasernenhof St. Lorenz.
Rasensport - V. i. R.
Rostock. Lübeck.

St. Gertrud-Schweinegilde.
Am Sonntag, dem 10. September 1922,
im „Konzertsaal Lübeck“:
GROSSER BALL.
Anfang 5 Uhr. (6660)
Hierzu ladet ein Der Reichsausschuß.

Berein „Fris Reuter“ Lübeck
Freitag, den 10. September:
Gesellschafts-Abend
in'n Kolosseum.
Los geht der Klub 8.
(6663) De Vorstand.

Café „Valerland“
Täglich Konzert
der (6674)
Hamburger Künstler-
Vereinigung.
Direktion: Adolf Martens
Erster
Silberhuden.
Jeden Sonntag:
Familien-Kränzen

Deutscher
Transportarbeiter-
Verband. (6668)
Ortsverwaltung Lübeck.
Versammlung
der
Saltarbeiter
am Montag, d. 11. Sept.
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tages-Ordnung:
Streikgeschicht zum
Coalstrij.
Die Ortsverwaltung.

Reit-Spring-Fahr-
Turnier in Schwartau-Riesebusch
am Sonntag, dem 10. September, nachmittags 2 Uhr.
Programm, Vorverkauf und alles Weitere siehe Blatte.
Landwirtschaftlicher Verein Lübeck e. V.
(6675)

Voranzeige.
Zahnenweibe und Ball
nebst Ziehung einer Tombola
der Belegschaft
der Lübecker Straßenbahn
am Sonnabend, dem 16. September,
im Gewerkschaftshaus.
Festredner: Ministerpräsident J. Stelling.
(6680) Der Festausschuß.

Lübeckisches Sinfonie-
und Stadttheater-Orchester.
Mittwoch, 13. September, 7 1/2 Uhr:
Gr. volkstümliches Konzert
(Nordischer Abend)
im „Gewerkschaftshaus“.
Dirigent: Karl Mannstaedt. (6687)
Vorverkauf bei Buse, Breite Straße, Borchert,
Breite Straße, Basson, Beckergrube 47, Barnekow,
Hüterdamm, i. d. Warenabgabestellen des Konsum-
vereins und im Gewerkschaftshaus. — Eintritt
einschl. Steuer und Programm nur Mk. 10.—.

Café Astoria
Holstenstraße 26 (6628)
Täglich Künstler-Konzerte
Ausgezeichnete Getränke u. Konditorwaren

Dramatische Vereinigung von 1920.
Dienstag, den 12. September, abends 7 1/2 Uhr.
im Konzerthaus „Flora“: (6682)
„ONKEL BRÄSIG“.
Breite einschl. Steuer: Sverrisg Wk. 24 —, L. Wk. 12 —,
H. Wk. 6 —. Karten bei Ernst
Robert, Breite Straße 29 und an der Abendkasse.

Konzert- und Ballhaus „Flora“
Morgen Sonntag:
GROSSER BALL
Anfang 5 Uhr. (6699)

Adlershorst.
Morgen Sonntag: (6630)
Großer Ball.

Sindenhof
Israelsdorf.
Morgen Sonntag:
Vornehme Ballmusik.
Anfang 4 Uhr nachm.
Zu den Veranden
freier Zutritt.
Tel. 1910. (6686)
Victor Klempau.

Zustulium,
Fischstraße 4. (6671)
Kaffee, Weinstuben, Bar.
Wieder-
Eröffnung
heute Sonnabend,
nachm. 5 Uhr.
Konzert nachm. 5—7 und
abds. v. 9 Uhr an

Bladernaus
Anfang
8.30 Uhr.
Der
glänzende
September-Spielplan.

Hansa-Theater.
Sonnabend, 9. Sept.
7 1/2 Uhr. (6686)
Eröffnungsvorstellung:
Die Bajadere.
Opérette in 3 Akten
von Kalman.
Sonnt. u. folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.

Stadttheater Lübeck
Sonnabend, 9. Septbr.
7.30 Uhr: Russisches
Kammerballett. (6685)
Sonntag, 10. Sept. 2.30:
Boritt f. d. Volkshöhne.
Die Stimme von Boritt.
Einzelkarten an der
Theaterkasse.
7.30: Russisches Kam-
merballett.
Montag, 11. Sept., 7 U.:
Boritt f. d. Volkshöhne:
Hiesco. Einzelkarten
a. d. Theaterkasse.
Dienstag, 12. Septbr.
7.30 Uhr: Ab. B. Die
Stimme von Boritt.

Wohl überflüssig!
Oetker's Rezepte

gelingen immer! Man versuche:

Rodonkuchen.

Zutaten: 500 g Mehl, 1 Päckchen von Dr. Oetker's Backpulver „Bockin“, 200 g Butter oder Margarine, 200 g Zucker, 1 Liter Milch, 2 Eier, das Weiße zu Schnee geschlagen, 100 g Rosinen oder gehackte Feigen, ein halbes Päckchen von Dr. Oetker's Vanillin-Zucker, Salz nach Geschmack.

Zubereitung: Die Butter rühre schaumig, gib Zucker, Vanillin-Zucker, Eigelb, Mehl, alles mit dem Backpulver gemischt, Milch hinzu und zuletzt die Rosinen, Salz und den Eierschnee. Fülle die Masse in die geölte Form und backe den Kuchen 1 bis 1 1/2 Stunden.

Rezept Nr. 2. (6690)

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 9. September.

Ein Appell in der Not.

Parteigenossen, unterstützt Eure Presse, werbt für den Pressefonds!

Die gesamte Presse ringt heute schwer um ihre Existenz. Der Papierpreis, der für den Monat September auf 75 Mk. pro Rilo festgesetzt war, ist inzwischen auf 84 Mark gestiegen. Dieser Preis gilt aber nur bis zum 15. September. Es ist also damit zu rechnen, daß in der letzten Hälfte des Monats noch ein höherer Preis gezahlt werden muß. Gegenüber dem Friedenspreis von 21 Pfennigen pro Rilo ist das eine

400fache Steigerung.

Unter dieser Preiserhöhung leidet die Arbeiterpresse am meisten. Die bürgerlichen Blätter werden oftmals vom Großkapital unterstützt. Einige direkt, andere durch Inserate in größerem Umfang. Hilfsquellen stehen der Arbeiterpresse nicht zur Verfügung. Die sozialdemokratische Presse ist allein auf die Hilfe der Parteigenossen angewiesen. Deshalb wendet sich der „Volksbote“ in dieser schweren Zeit mit einem

Appell an die Parteigenossen.

Das Werk der organisierten Lübecker Arbeiterschaft, geschaffen in langem Kampfe und unter den größten Opfern und Entbehrungen: der „Volksbote“, der Führer im Kampfe um Recht und Freiheit der Massen, ist von der Ungunst der Verhältnisse schwer bedrängt. Es ist deshalb beschloffen worden, den Pressefonds wieder einzuführen.

In früheren Jahren sind durch die Opferwilligkeit der Genossen diesem Fonds bedeutende Beträge zugeführt worden. Wir appellieren daher in dieser Zeit, wo die Presse in schwerer Not ist, wiederum an die Genossen und an unsere Leser indem wir ihnen zurufen:

Unterstützt Eure Presse, sammelt Gelder für den Pressefonds!

Das organisierte Großkapital kauft sich in immer größerem Umfang die in finanzieller Not befindlichen bürgerlichen Zeitungen. In tausend Strömen fließt aus ihnen das Gift des Kapitalismus, des Völkerverfalls und der monarchistischen Reaktion in die Gehirne der Leser. Das einzige Gegenmittel war bislang die sozialdemokratische Presse, die zugrunde gerichtet werden soll durch eine geradezu groteske Verteuerung des Papierpreises — nachdem der Versuch, sie niederzuknurren, mißlungen war.

Ohne sie aber ist die Republik schuflos und machtlos; ohne sie ist die Zukunft des Sozialismus eitel Phantasie; ohne ihre Anklagen vergeht in qualvollem Schweigen das hungernde Volk!

Das darf nicht geschehen! Arbeiter, Parteigenossen! Haltet hoch das Banner der Freiheit und des Sozialismus! Werbt für Eure Presse und gebt für den Pressefonds!

Aus der Rechtspresse.

Die Zeitungsfabrik Coleman und die Lübeckischen Anzeigen bemühen sich krampfhaft, der Sozialdemokratie die Stiefel zu beschlagnahmen. Sie hämmern dabei pfuschermäßig auf altem Leder herum, ohne daß es ihnen gelingt, dieses müde zu kriegen. Insbesondere versuchen die L. N. nach abgestandenen Rezepten die positive Tätigkeit der Sozialdemokratie zu verleugnen. So fragen sie recht naiv, ob es der Sozialismus verstanden habe, Frieden, Arbeit und Brot auch nur für Deutschland zu schaffen. Mit Verlaß, verehrtes Stimmblatt: Wer ist es denn gewesen, der die letzten Jahre den Frieden im Lande erhalten, die Produktion aufrecht erhielt und dafür sorgte, daß Brot wenigstens in beschränkter Maße für das Volk vorhanden war? Etwas die Kappisten und Geheimbündler, die Ministermördergesellschaft oder die volksparteilichen „Freihändler“ mütter? Während die Sozialdemokratie wirkliche Aufbaubarbeit leistete, verwandten die Rechtsparteien ihre ganze Kraft darauf, diese Arbeit im Interesse der Staatserhaltung illusorisch zu machen. Sie zerrten an allem deswegen, um mit ihrer Desperandopolitik die Republik verachtlich zu machen und ihre eigene Genialität zu beweisen. Wie weit her diese ist, erfährt man ja im Vorjahre, als die Herren Volksparteiler die Jügel des Staatssterns mit in der Hand hielten. Und von welcher Höhe war die volksparteilich-deutschnationale Politik schau, ergibt sich aus dem 6prozenteigen Stimmvertrage, den die Lübeckischen Anzeigen als Erfüllungsvertrag des Ertragslichen bezeichnen. Erträglich für Stimmes und einträglich auch für dessen im Lande zerstreuten Gestaltungsstumpen, deren Kreis man jetzt durch Sonntagsbot unter dem Kleinhandwerk zu erweitern trachtet. Uebrigens scheint es schon wieder vergessen zu sein, daß nach der Macht strebende Rechtsparteiler schon zu Kapps Zeiten die Erfüllung ebenfalls im Hauptbuch führten.

Die Rechtsparteiler empfinden die Vereinnahmung der sozialdemokratischen Parteien recht unangenehm, und sie versuchen nun, für die bürgerliche Arbeiterschaft Stimmung zu machen. Um den die Zuckerpilze enthaltenden Keller werden Giftpilze gelegt, der Sozialdemokratie freundlich zugehört. In der letzten Verammlung der Volkspartei versuchte Herr Dr. Bentzin wie Herr Eimers und ein schamhaft verschwiegener Diskussionsredner diese Giftpilze. Das Geschwafel Bentzins über die „Ursachen des Rathenau-Mordes“ war ebenso einseitig wie das Geschwafel der Lübeckischen Anzeigen über die Rathenau-Demonstration. Nur eine Frage wollen wir einfließen: Wie lange wurde denn früher der Verkehr gehemmt, wenn irgend ein geköntes Haupt erwartet wurde? Hatte man damals Achtung für die Bedürfnisse anderer Leute, verehrte Lübeckische Anzeigen? Doch von einem Blatt, das sich in einem Artikel dagegen verwahrt, niemals niedrig vom werktätigen Volke geredet zu haben und in derselben Nummer einen zweiten Artikel bringt, in dem Arbeiter als Straßenmohr und ähnliche Herrschaften bezeichnet werden, kann man kaum eine sachliche Antwort verlangen. Diese Rechtsparteiler sind reif für die Zusammenarbeit, wie sie für die rechtsgerichteten Bürgerchaftsmitglieder gefordert wird — „um den diktatorischen Gehäusen der Rinden wirkungslos entgegenzutreten zu können und die bürgerlichen Interessen zu wahren“. Diese bürgerlichen Interessen haben die Herrschaften früher ausgezehrt zu wahren verstanden und sie hatten sich im Vierklassenparlament eine Schutzmauer geschaffen, damit sie keiner führen konnte. Politiker von hoch zweifelhafter Vergangenheit sollten sich hüten, von diktatorischen

sehen Gehäusen der Sozialdemokratie zu sprechen. Würden die so sehr um ihre Vaterstadt besorgten „Geheimräte“ der Wählerchaftsmehrheit auch nur den hundertsten Teil von dem Entgegenkommen gezeigt haben, das ihnen die Sozialdemokratie bewiesen hat, dann könnten sie ein Wort mitsprechen — so aber steht es ihnen in solchen Fragen besser an, den Schnabel zu halten.

Verdoppelung der Brennstoffpreise.

Koks 542 Mk., Briketts 321 Mk.

Mit Wirkung vom 1. September sind durch den Reichstohlenverband die Werkpreise für Brennstoffe ganz außerordentlich erhöht worden, und zwar beziffert die Erhöhung der Werkpreise sich auf etwa 170 p. St., bei Briketts sogar auf 185 Prozent. Das Landesversorgungsamts setzte heute vormittag die Kleinverkaufspreise für Lübeck fest. Ab 11. September kostet 1 Zentner gebrochener Hartkoks 542 Mk., Braunkohlenbriketts 321 Mk.; Steinkohlenbriketts 492 Mk.; Grubekoks 328 Mk. Die Preise verstehen sich frei Haus. Ab Lager tritt eine Ermäßigung von 25 Mk. pro Zentner ein. Die übrigen Brennstoffsorten erfahren eine ähnliche Preiserhöhung. Falls die beantragte Erhöhung der Arbeitslöhne genehmigt wird, tritt ab 16. September ein weiterer Aufschlag von 10 Mk. pro Zentner ein. Bisher hatten wir für Koks einen Preis von 228 Mk. und für Briketts von 148 Mk. Die Preise sind also mehr als verdoppelt. — Hungern und frieren, das scheint jetzt das Los der Armen zu sein.

*

Ein unklarer Spruch des Schlichtungsausschusses. Die Vertrauensmänner und Betriebsräte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Gruppe III der Metallindustrie, nahmen eine Entscheidung an, die aufs schärfste den unklaren Spruch des Lübecker Schlichtungsausschusses vom 8. September verurteilt. (Es handelt sich um den Spruch betreffend die Löhne für September. Red.) Sie verlangen für die Zukunft bessere und klarere Präzisierung der Sprüche. Sollte der Vorsitzende, Herr Regierungsrat Puhlschneider, hierzu nicht in der Lage sein, so ist er nicht der geeignete Mann am Platze und muß verschwinden.

Gegen den Wucher mit „Saftkartoffeln“. Der Wucher mit Speisepfeffer unter der Bezeichnung „Saftkartoffeln“ ist eine schmerzliche Erinnerung aus dem Kriege, die sich aber im vergangenen Wirtschaftsjahr vielfach wiederholt hat. Das Reichswirtschaftsministerium hat deshalb die Preisprüfungsstellen angewiesen, dagegen unmissverständlich auf Grund der Preistreiberverordnung einzuschreiten.

Die Baugewerkschule. Mit der beantragten Aufhebung der Baugewerkschule beschäftigte sich eine von der Gewerksammer einberufene Versammlung, die Freitagabend in der Aula der Ernestinenschule stattfand. Am 28. Juli hat die Bürgerchaft mit einfacher Mehrheit die Aufhebung dieser Schule beschlossen. Diese Angelegenheit wird nun im Bürgerausschuß beraten, worauf dann die Bürgerchaft erneut zu der Frage Stellung nimmt. Erster Redner war Herr Maurermeister Wandke, der warm für den Fortbestand der Schule eintrat. Er behauptete, daß nun schon seit Jahren von einigen Kreisen die Aufhebung dieses Instituts gefordert wird. Unter dieser Unsicherheit leide die Schule sehr. Es sei daher kein Wunder, wenn die Schülerzahl zurückgegangen sei. Die Leistungen dieser Schule wären nach dem Urteil von Sachverständigen gut. Bedeutende große Firmen hätten bisher ihre Lehrlinge von Lübeck bezogen. Die Ersparnisse, die durch die Aufhebung erzielt würden, seien gering und ständen in keinem Verhältnis zu dem Nutzen der Schule. Der Leiter der Baugewerkschule, Herr Professor Mahn, der als zweiter Redner sprach, trat ebenfalls lebhaft für das Weiterbestehen der Schule ein. Er beschäftigte sich vornehmlich mit der Kostenfrage. Bisher sei schon stark gespart worden; sogar mit Lehrkräften. Gegenwärtig sind 11 Lehrer und 35 Schüler vorhanden. Im Winter ist der Besuch stärker; er erreichte bisher durchweg die Zahl von 120. In diesem Winter rechnet man mit etwas über 100 Schülern. Die Einnahmen betragen jetzt rund 90 000 Mark, die Ausgaben 990 000 Mark. Der Staatszuschuß erreicht somit die Summe von 900 000 Mark. Nach des Redners Berechnungen ist in diesem Jahre mit 40 Lübecker Schülern zu rechnen. Der Staatszuschuß beläuft sich pro Kopf auf etwa 50 000 Mark. Würde die Schule aufgehoben und den Lübeckern Stipendien gegeben, so müßte man noch tiefer in den Staatsfächer greifen. Die Ersparnisse, die bei einer Schließung der Schule gemacht würden, seien nur sehr gering. Mehr als 100 000 Mark kämen dabei nicht heraus. Da den Lehrkräften Wartegeld gezahlt werden müßte, so sei an persönlichen Kosten nicht viel zu sparen. Zum Unterrichten an der Gewerkschule eigneten die Lehrer der Baugewerkschule sich nicht. — Beide Redner fanden lebhaften Beifall. An der Aussprache beteiligten sich mehrere Redner, die, abgesehen von den Genossen Dreger und Bremer, für das Weiterbestehen der Schule eintraten. Dreger und Bremer hielten die Kostenberechnung des Herrn Professor Mahn zur Klärung der Frage nicht für ausreichend. Sie sagten eine genaue Prüfung der Dinge zu, die auch für die endgültige Entscheidung der sozialdemokratischen Bürgerchaftsfraktion notwendig sei. Es wurde noch angeregt, zur Herabminderung des Staatszuschusses Geldmittel aus den Kreisen der Handwerker und Industriellen aufzubringen. Herr Rat Wlendorf, der die Versammlung leitete, versprach, diesen Vorschlag der Gewerksammer zu unterbreiten. Eine Entschließung, die sich für den Fortbestand der Schule ausspricht, fand gegen wenige Stimmen Annahme.

Vater und Sohn ertrunken. Am Mittwoch entdeckten Haftruger Fischer am Strande treibend eine voll Wasser gefüllte Luftschiff. In dem Boot war die Leiche eines jungen Mannes festgeklemmt. Es wurde festgestellt, daß der Tote der Sohn des Besitzers der Yacht, eines Herrn Raymond aus Plön ist. Beide hatten sich mit dem kleinen Fahrzeug nach Rügen gewagt. Auf der Rückfahrt sind sie im Sturm verunglückt. Die Leiche des Herrn Raymond sen. ist wahrscheinlich über Bord gespült worden. Vermutet wird, daß noch zwei weitere Personen, die in Pelzjahren mit abgesetzt sein sollen, ertrunken sind. Bestimmtes konnte darüber aber bisher nicht festgestellt werden.

Die Zentrale für private Fürsorge nimmt in ihrem Zwergenhaus in Salem noch einmal 18 erholungsbedürftige Mädchen im Alter von 8—16 Jahren auf. Offentlich stehen uns noch schöne Herbsttage bevor, so daß sich die schwächlichen Kinder dort in der herrlichen Gegend, bei guter Pflege recht gut erholen können. Eine Lehrerin erteilt Unterricht und beaufsichtigt die dort untergebrachte Jugend. Anmeldung nimmt Zentrale für private Fürsorge, Johannisstr. 47/49, F 8744, von 10—12 Uhr entgegen.

pb. Raub. Freitagabend zwischen 8 und 9 Uhr wurde in den Burganlagen eine Frau von einem jungen Burschen überfallen, der ihr die Handtasche entriß. Der Bursche konnte sich durch die Flucht seiner Festnahme entziehen. Die Tasche, in der sich nur einiges Bargeld befand, wurde entleert wiedergefunden.

Sp. Diebstahl in der Marienkirche. In letzter Nacht wurde der silberne Beschlag einer in der Marienkirche ausgelegt gewesenen Bibel gestohlen, dessen Hauptstück aus einem silbernen Kreuz besteht. Nach Lage der Sache ist anzunehmen, daß sich der Dieb gestern abend in der Kirche hat einklinken lassen. Von demselben fehlt bisher jede Spur.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadtheater-Wochenplan. Sonntag, 10. Sept. Anf. 2.30. Vorstellung f. d. Volksbühne: Die Stimme von Portici. Oper in 5 Aufzügen von Aubert. Anfang 7.30: Russische Kammerkammer. Leiter: Alexander Gavrilov. — Montag, 11. Sept. Vorstellung f. d. Volksbühne: Fresco. Trauerspiel von Friedrich v. Schiller. — Dienstag, 12. Sept. Die Stimme von Portici. Oper in 5 Aufzügen von Aubert. 6. Vorst. i. Dienstagab. Buchst. B. — Mittwoch, 13. Sept.: Menzjegel. Hansbuntenspiel in 3 Akten von C. Hagemeister. 6. Vorst. i. Mittwochab. Buchst. B. — Donnerstag, 14. Sept.: Die Jüdin. Große Oper in 5 Akten von Halévy. 6. Vorst. i. Donnerstagab. Buchst. B. — Freitag, 15. Sept.: Kaa Diavolo. Komische Oper in 3 Aufzügen von Aubert. 6. Vorst. i. Freitagab. Buchst. B. — Sonnabend, 16. Sept.: Der Zigeunerbaron. Operette in 3 Akten von J. Strauß. 6. Vorst. i. Sonnabendab. — Sonntag, 17. Sept.: Vorst. f. d. Volksbühne: Hans Heiling. Romantische Oper in 1 Vorst. und 3 Aufzügen von E. Devrient. Musik von H. A. Marschner. 7.30: Die Jüdin. Große Oper in 5 Aufzügen von Halévy.

Die Dramatische Vereinigung von 1920 bringt am Dienstag, dem 12. September, abends 7½ Uhr, in der „Flora“ eine Aufführung von Reuters Onkel Dräsig. (Siehe Inserat.)

Angrenzende Gebiete.

Stockelsdorf. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins fand am Dienstag statt. Sie berichtete über die am 27. August stattgefundene Unterbezirkskonferenz in Bf. Wiefendorf, in der Landtagsabg. Gen. Bartels einen Vortrag über die neue Gemeindeordnung hielt. Der Referent zeigte in vorzüglicher Weise, wie diese von den Gemeindevertretern zu handhaben ist. — Ueber die letzte Gemeinderatsitzung sprach Gen. Stühr. Er gab, u. a. bekannt, daß von der Gemeinde 30 000 Mk. für die Tuberkulosefürsorge bewilligt sind. — Am 1. Oktober tagt die Bezirkskonferenz in Kiel. Gen. Suna u wurde als Delegierter gewählt.

Hamburg. Wucherbekämpfung. In der Zeit vom 16. bis 31. August sind vom Wuchergericht und der beim Schöffengericht eingerichteten Wucherabteilung 54 Personen zu insgesamt 904 250 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. — Geldstrafen nützen nichts. Wucherer und Schieber gehören ins Gefängnis.

Hamburg. Die Volksnot und die Sozialdemokratie. In dreizehn überfüllten öffentlichen Volksversammlungen protestierte am Freitag Hamburgs Arbeiterchaft gegen das schamlose Treiben der Wucherer und Spekulanten, die aus der drückenden Notlage des Volkes ein Geschäft zu machen trachten. Ebenso dringend aber erging das Verlangen an die Regierung und ihre Organe, wirksam den Parasiten entgegenzutreten durch rücksichtsloses Vorgehen. Eine Entschließung in diesem Sinne wurde in allen Versammlungen angenommen.

Glensburg. Ein einseitiger Leser sendet der „Glensburger Volkszeitung“ folgendes Schreiben: „Ich lese in der Zeitung, daß das Papier so hoch im Preise gestiegen ist und deshalb anbei 50 Mark für den Monat September.“ Zur Nachahmung empfohlen.

Wilhelmshaven. Umfangreiche Eisenhandelsfälle sind hier aufgedeckt worden. Als Haupttäter ist der Eisenbahninspektor Meyer verhaftet worden. Er ist der Leiter der Güterabfertigung vom Bahnhof Wilhelmshaven. Die Veruntreuungen, die schon lange Zeit zurückliegen, sollen in viele Hunderttausende gehen. Im Besitz des Verhafteten sind Lebensmittel der verschiedensten Art wie Schmalz, Speck, Wurst, Wein, Tabak und Zigarren, Stoff, Leder, kurz gesagt, ein ganzes Warenlager gefunden worden.

Bremen. Erhöhung der Zeitungs-Abonnementspreise. In einer Erklärung der vereinigten bremischen Zeitungsverleger machen die Bremer Zeitungen bekannt, daß sie gezwungen sind — nachdem heute der Preis für Zeitungspapier, der erst vor einigen Tagen genannt worden ist, schon wieder weit übertroffen wurde —, einen 50prozenteigen Zuschlag auf den September-Bezugspreis zu erheben. Demzufolge sah sich unser Bremer Bruderblatt, das „Bremer Volksblatt“, genötigt, den bereits festgesetzten Preis von 90 Mk. um weitere 40 Mk. auf 130 Mk. zu erhöhen. Die „Bremer Nachrichten“ nehmen einen Abonnementspreis von 150 Mark und die „Weser-Zeitung“ sogar 190 Mk.

Bremen. Todessturz eines Fliegers. Das Flugzeug D 93 ist auf dem Fluge von Bremen nach Berlin zwischen Stendal und Salzwedel brennend abgestürzt. Der Flugzeugführer Kramer ist dabei ums Leben gekommen. Passagiere waren nicht an Bord. — Ein Fuhrwerk vom D-Zug überfahren. Auf der bei Bremen gelegenen Station Kirchwerbe ist ein aus 2 zusammengepöckelten Kollwagen bestehendes Fuhrwerk durch den D-Zug 95 überfahren worden. Eine auf dem Wagen sitzende Person wurde dabei getötet, ein andere schwer verletzt.

Theater und Musik.

Stadtheater.

Geistliche: Carmen, Oper in 4 Akten von G. Bizet. Die zweite, mit rauschendem Beifall aufgenommene Opern-Vorstellung der Festwoche leitete Kapellmeister Fritz Reiner. Barcelona. Reiner, ein geborener Ungar, ist in der Bühnenwelt durch die Ariadne-Einführung in Dresden bekannt geworden; seine hervorragenden Dirigenten-Eigenschaften spürte man sogleich: Temperament, Sicherheit, Liebe zur Sache, die mit großer Gewissenhaftigkeit auch im kleinsten fortwährend arbeitet. In genauer Befolgung der Partitur wurden so jedes Pianissimo, jede Zeitmaßänderung und die feinsten Nuancen

Gesundheit und Wohlbefinden der Familienmitglieder sind abhängig von der Bereitung der Speisen. Man lerne deshalb auch den Nährwert der einzelnen Nahrungsmittel kennen, um aus dieser Kenntnis heraus den

Leigwaren

Maffaroni, Rubeln, Hörnchen den ersten Platz einzuräumen!

